Gewerkschafts-Protest zu Kindergärten: Warum sprecht ihr nicht mit uns?

2020-10-01 07:38

Beirat für Elementarpädagogik tagt ohne Sozialpartner

Mit einem stillen Protest vor dem Bildungsministerium machten heute, Mittwoch, younion _ Die Daseinsgewerkschaft, VIDA, GPA-djp, Arbeiterkammer und die ÖGB-Frauen auf die erste Sitzung des Beirats für Elementarpädagogik aufmerksam, der ohne Sozialpartner stattfindet. Das Gremium erarbeitet hinter verschlossenen Türen einheitliche Qualitätsmindeststandards für Kindergärten und Horte.

„Was in diesem Beirat beschlossen wird, hat unmittelbaren Einfluss auf rund 371.000 Kinder und rund 61.500 KollegInnen. Wir werden es nicht akzeptieren, dass das Personal in so wichtigen Fragen, wie dem Erwachsenen-Kind-Schlüssel oder einer einheitlichen Ausbildung nicht gehört wird“, sagt Christian Meidlinger, Vorsitzender der younion _ Die Daseinsgewerkschaft.

„Als Dank werden wir nicht gehört?“

Judith Hintermeier, selbst Kindergarten-Pädagogin und Bundesfrauenreferentin in der younion _ Die Daseinsgewerkschaft: „Meine KollegInnen waren bei der ersten Corona-Welle unermüdlich im Einsatz, sie halten auch jetzt das System am Laufen. Und als Dank werden sie nicht einmal gehört?“

„Gerade die Corona-Krise hat die große Bedeutung der Kinderbetreuung und Elementarbildung für ArbeitnehmerInnen und Gesellschaft aufgezeigt“, betont auch ÖGB-Vizepräsidentin und -Frauenvorsitzende Korinna Schumann und bedauert, dass die Sozialpartner in die Gespräche nicht einbezogen werden. Es brauche dringend ein bundeseinheitliches Rahmengesetz, um einheitliche und qualitativhochwertige Mindeststandards zu gewährleisten und Eltern und Beschäftigte zu entlasten. Diesbezüglich habe man letzte Woche auch ein gemeinsames Forderungspapier aller Sozialpartnerinnen und der Industriellenvereinigung präsentiert. „Jetzt gilt es keine Zeit zu verlieren“.

1 % des BIP gefordert

„Im Regierungsprogramm ist eine Ausbildungsoffensive für ElementarpädagogInnen vorgesehen. Wir begrüßen das, denn wir brauchen rasch mehr qualitätsvolle Bildungsplätze in den elementarpädagogischen Bildungseinrichtungen. Nur so können die Qualität in den Kindergärten und – ebenso wichtig – der Betreuungsschlüssel verbessert werden. Es braucht zusätzliche Mittel, damit Österreich im europäischen Vergleich Schritt halten kann. Die EU-Staaten investieren im Schnitt 1 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung in Kindergärten – in Österreich sind es nur 0,67 Prozent. Wir müssen hier aufschließen, um nicht den Anschluss zu verlieren“, fordert Renate Anderl, Präsidentin der AK Wien.

Die Vorsitzende des Fachbereichs Soziale Dienste in der Gewerkschaft vida, Sylvia Gassner, fordert eine bundesweit verpflichtende und einheitliche Ausbildung für Kindergarten-AssistentInnen. „Sofort geregelt

gehören jetzt auch die Corona-Maßnahmen für die Kinderbildungseinrichtungen. Hier gibt es von Bundesland zu Bundesland und von Gemeinde zu Gemeinde noch die unterschiedlichsten Vorgaben. Das ist weder den Beschäftigten noch den Eltern und schon gar nicht den Kindern noch länger zumutbar“, fordert Gassner ein Ende des bundesweiten „Corona-Irrgartens“ für die Kindergärten.

Endlich einheitliche Standards!

„In manchen Bereichen stehen für 25 Kinder eine Pädagogin und eine Assistentin zur Verfügung. Wir brauchen einheitliche Standards zu Gruppengröße und Betreuungsschlüssel nach internationalen wissenschaftlichen Erkenntnissen“, so die Vorsitzende der GPA-djp Barbara Teiber. Die GPA-djp hat eine Online-Petition gestartet und sammelt Unterschriften für mehr Geld und Ressourcen in der Elementarpädagogik. Rund 5.600 Menschen haben bereits unter der Web-Adresse https://blog.gpa-djp.at/petition-elementarpaedagogik/ unterschrieben.

„Es herrscht große Verärgerung und Verunsicherung unter meinen KollegInnnen in den Kindergärten. Damit das die Politik schwarz auf weiß bekommt, führen wir eine zweite große Online-Umfrage unter den Beschäftigten durch“, sagt Judith Hintermeier von der younion _ Die Daseinsgewerkschaft und verweist auf die Web-Adresse www.younion.at/kindergartenumfrage

Abschließend bestätigt sie die Kampfbereitschaft der Gewerkschaften: „So wie es zur Zeit läuft, kann es nicht weitergehen. Wir werden entschieden und geschlossen für die Interessen der KollegInnen eintreten. Weitere Maßnahmen sind bereits in Planung.“